

## Wahlprüfsteine des LandesFrauenRats Berlin

Beim Vergleich von weiblichen und männlichen Biographien wird sehr schnell deutlich: Es gibt unverhältnismäßig viele Lücken, die Frauen überbrücken müssen. Frauen verfügen über weniger Eigentum als Männer, ihr Einkommen ist geringer, sie haben eine kleinere Rente, sie müssen viel unbezahlte Sorgearbeit leisten, aber haben seltener Zugang zu Vollzeitstellen und sind seltener in Unternehmensführungen vertreten. Einzeln und in der Summe führen diese Lücken zu einem Wohlstandsgefälle zwischen den Geschlechtern und – auch bei vielen Frauen in Berlin – zu Prekarität und Armut. Der LandesFrauenRat Berlin hat diesbezüglich neun Wahlprüfsteine entwickelt und die Parteien vor der Wahl zum Abgeordnetenhaus um ihre Stellungnahme und Strategien zur Verringerung dieser Lücken in weiblichen Biographien gebeten.

Im Folgenden können Sie die Antworten der Parteien nachlesen:

### EIGENTUMSLÜCKE: FRAUEN BESITZEN WENIGER EIGENTUM ALS MÄNNER

1. Wie steht Ihre Partei zu einem ‚Armut- und Reichtumsbericht‘ für das Land Berlin, der auch Unterschiede zwischen den Geschlechtern berücksichtigt?

**DIE LINKE.**  
LANDESVERBAND BERLIN



**CDU**

**Freie FDP**  
**Demokraten**  
Berlin

## EINKOMMENS LÜCKE: FRAUEN HABEN GERINGERE EINKÜNFTE ALS MÄNNER

2. Der Gender Pay Gap beruht auch auf einer Vielfalt insbesondere für Frauen ungünstiger Strukturen und Erwerbsmuster (Mutterschutz, Elternzeit, Teilzeit wegen Familienbetreuung etc.). Welche effektiven Instrumente zur Existenzsicherung werden Sie einsetzen, um diesem Missstand abzuhelpfen?

**DIE LINKE.**  
LANDESVERBAND BERLIN



**CDU**

**Freie Demokraten**  
Berlin

3. Am Beispiel der durch den Senat zuwendungsfinanzierten Projekte im Bereich Frauen und Gleichstellung wird deutlich, dass solche Initiativen häufig unterfinanziert und zeitlich befristet sind – mit entsprechenden Folgen für die meist weiblichen Stelleninhaberinnen. Was gedenkt Ihre Partei in dieser Hinsicht zu unternehmen?

**DIE LINKE.**  
LANDESVERBAND BERLIN



**CDU**

**Freie Demokraten**  
Berlin

## RENTENLÜCKE: FRAUEN BLEIBT OFT NUR EINE GERINGE RENTE

4. Wie steht Ihre Partei zur Rentenlücke bzw. zum Gender Pension Gap im Land Berlin und welche konkreten Schritte planen Sie zur Schließung dieser Lücke?

**DIE LINKE.**  
LANDESVERBAND BERLIN



**CDU**

**Freie Demokraten**  
FDP  
Berlin

## ZEITLÜCKE: FRAUEN LEISTEN VIEL UNBEZAHLTE SORGEARBEIT UND HABEN SELTENER ZUGANG ZU VOLLZEITSTELLEN

5. Für viele Frauen ist der Wiedereinstieg in den Beruf nach einer Familienpause voller Hindernisse und Stolpersteine. Das ist besonders für alleinerziehende Frauen eine große Herausforderung. Was plant Ihre Partei um den beruflichen Wiedereinstieg von Müttern und die Arbeit von Frauen mit Betreuungsaufgaben in Vollzeitstellen zu fördern?

**DIE LINKE.**  
LANDESVERBAND BERLIN



**CDU**

**Freie Demokraten**  
FDP  
Berlin

6. Für geflüchtete Frauen ist der Zugang zum Arbeitsmarkt u.a. wegen Betreuungsverpflichtungen oft schwieriger als für Männer. Wie wollen Sie geflüchtete Frauen auf ihrem Weg in den Arbeitsmarkt unterstützen und damit Ihre Integration fördern?

**DIE LINKE.**  
LANDESVERBAND BERLIN



**CDU**

**Freie Demokraten**  
Berlin

FDP

7. Viele Berliner Kitas sind von steigenden Mieten betroffen und einige Einrichtungen wurden dadurch bereits aus der Innenstadt verdrängt. Was will Ihre Partei unternehmen, um diesen Trend zu stoppen und die Eröffnung von bezahlbaren neuen Einrichtungen zu ermöglichen?

**DIE LINKE.**  
LANDESVERBAND BERLIN



**CDU**

**Freie Demokraten**  
Berlin

FDP

## FÜHRUNGSLÜCKE: FRAUEN SIND SELTENER IN DEN FÜHRUNGSEBENEN VON UNTERNEHMEN VERTRETEN

8. Gerade in den gut bezahlten Leitungsstellen und Führungspositionen sind nach wie vor überproportional viele Männer vertreten. Wie steht Ihre Partei zu einer Quotenregelung für weibliche Führungskräfte in Unternehmen?

**DIE LINKE.**  
LANDESVERBAND BERLIN



**CDU**

**Freie Demokraten**  
Berlin

9. Was für einen Zielwert für weibliche Führungskräfte in Berliner Unternehmen würde sich Ihre Partei im Falle einer Regierungsbeteiligung für die kommende Legislaturperiode setzen?

**DIE LINKE.**  
LANDESVERBAND BERLIN



**CDU**

**Freie Demokraten**  
Berlin

## ANTWORTEN VON BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN



### 1. Wahlprüfstein – Armuts- und Reichtumsbericht

*Wir Grünen Berlin fordern seit langem eine solche Datenerhebung und Veröffentlichung der Ergebnisse. Die bisherigen Berichte, wie z.B. der Sozialbericht vom Statistischen Landesamt Berlin-Brandenburg, sind ein erster Schritt, umfassen aber nicht die Tiefe der Analyse, die wir uns als Grundlage für sinnvolles politisches Handeln wünschen würden.*

*Wir wollen im Rahmen eines ernsthaften Gender Budgeting Programms für Berlin die Datenerhebung und im zweiten Schritt die Anpassung von politischen Vorgaben, Programmen und Maßnahmen betreiben, die den gleichmäßigen Zugriff von Männern und Frauen auf finanzielle und materielle Ressourcen ermöglichen. Dazu fehlt derzeit noch die notwendige Datengrundlage, und diese wollen wir schaffen.*

### 2. Wahlprüfstein – Gender-Pay-Gap

*Wir Grünen planen insbesondere in alle Bereichen, in denen das Land als Arbeitgeberin, TeilhaberIn oder Zuwendungsgeberin Einfluss nehmen kann, den Gender Pay Gap energisch zu bekämpfen und damit auch einen Anreiz für die Berliner Wirtschaft insgesamt zu setzen. Wichtigste Bausteine sind für uns dabei die konsequente Schaffung und Besetzung von Dauerstellen für weibliche Beschäftigte, die sensible Personalentwicklung innerhalb der Organisationen mit speziellem Blick auf die Karriere- und Einkommensentwicklung von Familien und Frauen, die tatsächliche Umsetzung von familienfreundlichen Arbeitsbedingungen – mit besonderer Rücksicht auf Alleinerziehende – sowie die Erhöhung des Anteils von Frauen in den höheren Gehaltskategorien und vor allem Führungspositionen mit dem Ziel, auch dort die Gleichstellung zu erreichen. Für öffentliche Aufträge und für Zuwendungsempfänger werden wir – nicht nur auf dem Papier – den Nachweis von funktionierenden Gleichstellungsmaßnahmen und familienfreundliche Strukturen zur Voraussetzung machen.*

*Berlin ist im Bundesvergleich zwar gut aufgestellt, aber das bedeutet derzeit leider nur, dass das Land mit nur einem blinden Auge in Sachen Gleichstellung und weiblicher Armut unter den komplett Blinden Königin ist. Das wollen wir ändern und zeigen, wie mit konsequenter Gleichstellungspolitik positiv Einfluss genommen werden kann. Dazu gehören auch Absprachen und Reformen auf Bundesebene, auch wenn auf Landesebene bereits jetzt sinnvolle Maßnahmen getroffen werden können.*

### 3. Wahlprüfstein – Zuwendungsfinanzierte Frauenprojekte

*Grundsätzlich kämpfen wir Grünen seit Jahren für die tarifgerechte Bezahlung in allen durch das Land mitfinanzierten sozialen Projekten. Besonders bei den Fraueninfrastrukturprojekten ist uns das Problem der impliziten Selbstaussbeutung der TrägerInnen und Beschäftigten seit langem ein Dorn im Auge. Neben der angemessenen Bezahlung wollen wir daher auch z.B. Tarifsteigerungen und bedarfsgerechte Erweiterungen des Angebotes finanzieren.*

*Dauerhaft anfallende Aufgaben, die derzeit immer noch häufig durch Mittel der Europäischen Strukturfonds mitfinanziert werden, wollen wir langfristig in die komplette Landesfinanzierung übernehmen um den Projektkreislauf zu durchbrechen. Es wird immer Bereiche geben, wo Aufgaben nur temporär oder neu anfallen und über Projekte finanziert werden, wir Grünen wollen jedoch das derzeitige Übermaß der Kurzzeitfinanzierung eindämmen und verlässliche Strukturen schaffen. Nur so können für uns wichtige Ziele,*

wie die Gleichstellung der Geschlechter, Antidiskriminierung und die Schließung des Gender Pay Gaps mittel- und langfristig erreicht werden.

#### 4. Wahlprüfstein – Gender Pension Gap

Wir Grünen setzen uns auf Bundes- sowie auf Landesebene für die Schließung des Gender Pension Gaps ein. Dazu, und den anderen Gerechtigkeitsfragen rund um unser Renten- und Pensionssystem, haben wir eigens eine Grüne Rentenkommission eingerichtet, deren Abschlussbericht samt Handlungsoptionen auch online einzusehen ist:

[https://www.gruene.de/fileadmin/user\\_upload/Dokumente/GRUENE\\_Abschlussbericht\\_Rentenkommission.pdf](https://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/GRUENE_Abschlussbericht_Rentenkommission.pdf)

In Kurzform zusammengefasst wollen wir

- den Gender Pension Gap in Berlin und bundesweit minimieren und langfristig auflösen;
- die Benachteiligungen am Arbeitsmarkt auflösen und eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen (siehe auch folgende Antworten), als auch sofort greifende Verbesserungen für jetzige Pensions- und Rentenempfänger\*innen umsetzen;
- die Gleichberechtigung von Frauen und Männern über das Rentenrecht fördern, etwa über ein obligatorisches Rentensplitting, eine bessere Berücksichtigung von Pflegezeiten und eine Neuregelung der Anerkennung von Kindererziehungszeiten, die beiden Elternteilen zugutekommt. Die muss sowohl auf Landes- wie auch auf Bundesebene umgesetzt werden, aber Berlin kann dabei mit gutem Beispiel voran gehen.

Auch wenn die Rentenlücke bei den heutigen Rentnerinnen und Rentnern nicht zwangsläufig mit einer prekären Einkommenssituation gleichzusetzen ist, bleibt die unterschiedliche Anerkennung von Kinderbetreuungszeiten vor und nach 1992 geborener Kinder ein ungelöstes Gerechtigkeitsproblem. Vor dem Hintergrund der vergleichsweise guten Versorgungssituation der heutigen Rentnerinnen konzentrieren wir uns aber auf andere Maßnahmen zum Aufbau eigenständiger Alterssicherungsansprüche und zur Vermeidung von Altersarmut.

Uns Grünen ist wichtig, dass das Rentenproblem im Zusammenspiel zwischen Bund und Ländern gelöst wird und es nicht nur bei landeseigenen „Insellösungen“ bleibt.

#### 5. Wahlprüfstein – beruflicher Wiedereinstieg von Frauen

Wie in Teilen schon in den vorigen Fragen aufgezeigt wollen wir alle Bereiche, auf die das Land Einfluss nehmen kann, familienpolitisch „ertüchtigen“. Wir wollen in allen Bereichen in denen wir als Land direkt oder indirekt Einfluss nehmen können

- die Beschäftigung von Alleinerziehenden sowie Müttern und Vätern explizit als politisches Ziel setzen und vor allem die Herausforderungen des Wiedereinstiegs in den Beruf sowohl für die Arbeitgeber\*innenseite, als auch die Arbeitnehmer\*innenseite flexibler gestalten. Wir wollen kein Einheitsmodell sondern eine passende Auswahl an Unterstützungsangeboten für den Berufseinstieg. Auch Führungsstellen in Teilzeit sind explizit Teil dieser Angebote;

- die personalverantwortlichen Personen und Stellen zu den vielfältigen Modellen und Angeboten für familienfreundliche Arbeitsstrukturen schulen. Wir wollen erreichen, dass so früh wie möglich im Rahmen der sinnvollen Personalentwicklung (möglichst schon vor Antritt der jeweiligen Mutterschutz- und Elternzeiten) zusammen mit den Beschäftigten über die berufliche Rückkehr und Entwicklung gesprochen wird. Ziel ist, die Flexibilität und Perspektiven für die jungen Familien zu verbessern;
- die Betreuungs- und Beratungsangebote für Familien berlinweit massiv ausbauen, gerade auch im Bereich der bislang unzulänglichen Angebote flexibler Kinderbetreuung in Randzeiten oder bei kurzfristig anfallenden Betreuungsbedarf;
- das Land als Arbeit- oder Zuwendungsgeberin verpflichten, genügend personelle und finanzielle Mittel vorzuhalten, um familienfreundliche Arbeitsstrukturen einzuführen oder auszubauen. Wir legen Wert auf auch sinnvolle Vertretungsregelungen auf allen Ebenen, betriebliche Kinderbetreuungsangebote (wo es umsetzbar ist), oder auch Beratungs- und Fortbildungsangebote speziell für Alleinerziehende und junge Familien;
- in Berlin und Bundesweit für familienfreundlichere Arbeitszeitmodelle und eine bessere Zeitpolitik kämpfen. Die Standard 40-Stunden-Woche ist nachweisbar nicht die beste, gesündeste oder auch nur effizienteste Lösung. Wir wollen in Berlin zeigen, wie Modelle wie z.B. Wahlarbeitszeit zwischen 30 bis 40 Stunden wöchentlich, Rückkehrrecht auf vollen Stellenumfang nach Teilzeitarbeit und größere Zeitsouveränität für die Beschäftigten sinnvoll umgesetzt werden können. Wir wollen zeigen, dass auch die Betriebe und das Land als Arbeitgeberin davon profitieren können.

## 6. Wahlprüfstein – Chancen geflüchteter Frauen auf dem Arbeitsmarkt

Für uns ist klar, dass wir in Berlin die Kinderbetreuungsangebote gerade auch für geflüchtete Familien ausbauen wollen und müssen. Nur so können die notwendigen zeitlichen Freiräume geschaffen werden, um Müttern – und Vätern – die Weiterbildung, Integration und Arbeitsaufnahme zu ermöglichen. Dafür müssen Bezirke und Landesebene endlich an einem Strang ziehen. Wir Grüne halten die Beschränkung von geflüchteten Müttern als reine Kinderbetreuungskraft in einer fremden Gesellschaft und Kultur für grundlegend falsch und sehen die schnell eintretende Isolation, unabhängig von beruflicher Tätigkeit der Frauen. Das wollen wir aufbrechen und sowohl die Betreuungsangebote ausbauen sowie die Beratung und Fortbildungsangebote der Frauen, aber auch die Vernetzung vor Ort, deutlich verbessern.

## 7. Wahlprüfstein – KITAS in Berlin

Wir Grüne setzen dabei auf verschiedene Instrumente, von der Schaffung und dem Erhalt bezahlbarer Räume in landeseigenen Immobilien, über bindende Verträge mit Investor\*innen bei Immobilien-Großprojekten bis hin zur Privilegierung von Träger\*innen von Kindertagesstätten und ähnlichen Betreuungsangeboten auf Landes- und Bezirksebene bei Gesetzen und Satzungen. Die Zusammenarbeit zwischen Land und Bezirken muss dabei wieder deutlich verbessert werden, so das alle vertrauensvoll an einem Strang ziehen können. Nur so kann die weiterhin stattfindende Verdrängung aufgehalten und umgekehrt werden – denn wir brauchen für unsere wachsende Stadt mehr Betreuungsplätze als bislang, nicht weniger.



## 8. Wahlprüfstein – Quotenregelung für Frauen in Berliner Unternehmen

*Wir Grünen fordern seit Jahren eine entsprechende Quotenregelung – nicht nur in Berlin, nicht nur in landeseigenen Betrieben, sondern bundesweit. Das vorgeschobene Argument mangelnder Anzahl qualifizierter Frauen oder mangelnder Gesetzgebungskompetenz akzeptieren wir nicht. Es ist höchste Zeit, dass Gleichberechtigung auf allen Ebenen und besonders auf den Führungsebenen durchgesetzt wird. Nicht umsonst haben wir auch als Partei eine feste Frauenquote und leben vor, dass Verantwortung und Kompetenz sehr gut weiblich vertreten und umgesetzt werden können.*

*Berlin kann dabei sehr viel auf Landesebene verbessern und sich bundesweit für die Gleichberechtigung einsetzen. Wir sind willens, alle Instrumente und Mittel die wir auf Landesebene haben einzusetzen, um einen höheren Anteil von weiblichen Führungskräften mit Ziel der zahlenmäßigen und faktischen Gleichstellung zu erreichen.*

## 9. Wahlprüfstein – Zielwert für weibliche Führungskräfte

*Wenn wir als Grüne frei entscheiden können und nicht Einschränkungen durch einen oder mehrere Koalitionspartner akzeptieren müssen, ist für uns die klare Gleichberechtigung das Ziel. Unser Anspruch ist: Die Hälfte der Macht den Frauen! Im Senat, Verwaltung, landeseigenen Betrieben und allen Bereichen, auf die das Land Berlin Einfluss nehmen kann.*

## ANTWORTEN DER CDU



### 1. Wahlprüfstein – Armuts- und Reichtumsbericht

*Ein regelmäßiger Armuts- und Reichtumsbericht auf Grundlage der aktuellen Sozialstrukturdaten, der die Lebenslagen differenziert nach Zielgruppen analysiert und daraus entsprechende Vorschläge zur Bekämpfung der Armut in unserer Stadt ableitet, kann eine Grundlage darstellen, um sozialpolitische Maßnahmen auch sachlich zu begründen, soziale Prozesse sozialraumorientiert zu gestalten und die zur Verfügung stehenden Finanzmittel gerecht zu verteilen.*

### 2. und 3. Wahlprüfstein – Gender-Pay-Gap und Zuwendungsfinanzierte Frauenprojekte

*Die Gleichberechtigung von Mann und Frau gehört zum Wertefundament unserer Demokratie, unseres Rechtsstaates und unser Verfassung. Die Gleichstellung von Männern und Frauen hat für uns daher Priorität. Unser Ziel ist es, für Frauen und Männer, Mädchen und Jungen, gleiche Chancen zu schaffen und Benachteiligungen in allen Bereichen abzubauen. Wir stehen für eine Gleichstellungspolitik, die Frauen und Männer gleichermaßen im Blick hat. Dazu gehören für uns gleiche Berufschancen, Aufstiegsmöglichkeiten, die Aufwertung der Familienarbeit und die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dazu gehört auch, dass Frauen und Männer für gleiche Arbeit den gleichen Lohn bekommen. Deshalb unterstützen wir die Durchsetzung des Anspruchs auf gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit.*

*Gerade bei jungen Frauen, die eine Ausbildung oder ein Studium beginnen, wollen wir für Berufe werben, die bislang als typische „Männerberufe“ gelten. Auch das kann zu besseren Chancen auf dem Arbeitsmarkt führen.*

*Der Spagat zwischen Beruf und Familie verlangt von alleinerziehenden Müttern und Vätern einen besonders großen Einsatz. Wir empfinden großen Respekt vor denjenigen, die die große Verantwortung, Kinder gut aufwachsen zu lassen, alleine schultern. Auch und gerade Alleinerziehende sind Leistungsträger unserer Gesellschaft. Alleinerziehende zu entlasten, ist daher ein wichtiger Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit. Wir wollen Alleinerziehende besser unterstützen. Wenn Ehen oder Partnerschaften auseinandergehen oder ein Elternteil verstirbt, sind damit nicht nur emotionale Härten, sondern häufig auch spürbare finanzielle Einschnitte verbunden. Auch aus diesem Grund setzt sich die Berliner CDU auf Bundesebene für die Einführung des Familiensplittings ein und unterstützt die Maßnahmen, die auf Bundesebene zur stärkeren finanziellen Entlastung von getrennt erziehenden Eltern getroffen wurden. Auch vom qualitativen und quantitativen Ausbau der Betreuungsmöglichkeiten, den wir sicherstellen wollen, werden die Alleinerziehenden in besonderem Maße profitieren.*

### 4. Wahlprüfstein – Gender Pension Gap

*Selbstverständlich ist die CDU sich dieses Problems bewusst. Unserer Ansicht nach sollte perspektivisch eine stärkere Berücksichtigung von Kindererziehung bei der gesetzlichen Rente erfolgen. Einen wichtigen Schritt in diese Richtung haben wir auf Bundesebene beispielsweise mit der Ausweitung der Mütterrente getan: Eltern bekommen nun eine höhere Rente für die Erziehung jedes Kindes, das vor 1992 geboren wurde.*

## 5. Wahlprüfstein – beruflicher Wiedereinstieg von Frauen

*Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist uns ein wichtiges Anliegen. Um Familie und Beruf vereinbaren zu können, benötigen Eltern ausgezeichnete Kinderbetreuungsmöglichkeiten. Gerade die vielen alleinerziehenden Mütter und Väter in unserer Stadt profitieren davon. Seit 2011 ist es uns gelungen, mehr als 20.000 neue Kitaplätze zu schaffen. Aufgrund der wachsenden Anzahl an Kindern in Berlin und der wachsenden Inanspruchnahme von Kindergartenplätzen durch junge Familien muss der Ausbau der Kitaplätze weiterhin Priorität haben, damit Berlin über eine ausreichende Anzahl an Kindergartenplätzen verfügt.*

*Auch die Qualität der Betreuung in den Kitas haben wir verbessert und erste Schritte zur Verbesserung des Betreuungsschlüssels nach dem Motto „Mehr Personal für die Kleinsten!“ in den Kitas erreicht. Mit der Erhöhung der Personalmittel um 75 Mio. Euro im Doppelhaushalt 2016/2017 haben wir die finanziellen Voraussetzungen für deutlich mehr Personal in den Kitas geschaffen. Dieser Weg muss im Sinne einer familien- und kinderfreundlichen Stadt konsequent weiter beschritten werden!*

*Wir wollen die Kita-Betreuungsmöglichkeiten weiter verbessern. In Berlin gibt es viele alleinerziehende Mütter und Väter und immer mehr Menschen arbeiten auch in den Abendstunden oder sogar nachts. Daher brauchen wir deutlich flexiblere Betreuungsangebote. In Ergänzung zum Kita-Angebot wollen wir im Sinne der Wahlfreiheit auch neue Betreuungsmöglichkeiten schaffen. So wollen wir das Modell der „Tagesgroßmütter“ als eine familiennahe Form der Beaufsichtigung stärken, die Einführung von 24-Stunden-Kitas prüfen und die Kindertagespflege in Berlin bedarfsgerecht unterstützen.*

*Gute Kinderbetreuung steht auch in einer Großstadt wie Berlin immer auf mehreren Standbeinen. Neben dem Elternhaus und den Kitas wollen wir auch die Betriebe stärker in den Blick nehmen. Unternehmen benötigen Anreize, eigene Kinderbetreuungsplätze zu schaffen, denn so können die Betreuungszeiten der Kinder und die Arbeitszeiten der Eltern perfekt aufeinander abgestimmt werden - davon profitieren nicht nur die Familien, sondern auch die Arbeitgeber.*

*Deswegen wollen wir uns dafür einsetzen, steuerliche Anreize für die Einrichtung von Betriebskitas in Berlin zu schaffen. Wir wollen aber auch die Arbeitgeber nicht aus ihrer Verantwortung entlassen. Bei Nutzung längerer Kita-Öffnungszeiten, die mit höheren Betreuungskosten für die Eltern verbunden sein können, sollte geprüft werden, inwiefern sich die Arbeitgeber an diesen Kosten beteiligen.*

## 6. Wahlprüfstein – Chancen geflüchteter Frauen auf dem Arbeitsmarkt

*Wir wollen die Teilnahme zugewanderter und geflüchteter Frauen und Mädchen aus allen Kulturkreisen am öffentlichen und gesellschaftlichen Leben fördern, denn nur dann kann Integration gelingen. Für eine gelungene Integration und den Zugang zum Arbeitsmarkt ist das Erlernen unserer deutschen Sprache unerlässlich. Deswegen fordern wir, dass für alle Geflüchteten der Sprachkurs ab dem ersten Tag des Aufenthaltes in Deutschland erfolgen muss und nicht erst nach der formellen Anerkennung als Flüchtling. Wir wollen deutsche Sprachkurse und Sprachtests für unterschiedliche Vorkenntnisse anbieten. Das Kompetenzniveau, das Erwachsene für den Start in ein selbstbestimmtes Arbeitsleben mitbringen sollten, sollte mindestens die Stufe B1 (selbständige Sprachverwendung) betragen. Die Finanzierung dafür muss gesichert sein. Zur Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten müssen Initiativen, wie z.B. die Ausbildungs- und Berufsinitiative „Arrivo Berlin“ verbessert werden und viel mehr Unternehmen erreichen und Flüchtlinge fördern. Außerdem wollen wir ein Tandem-Programm auf den Weg bringen, bei dem sich ein Langzeitarbeitsloser und Flüchtling einen Arbeitsplatz teilen.*

*Auch ist darauf zu achten, dass Mädchen und junge Frauen an allen Angeboten des schulischen Lebens teilnehmen können.*

## 7. Wahlprüfstein – KITAS in Berlin

Bei den letzten Verhandlungen zur Rahmenvereinbarung über die Finanzierung und Leistungssicherstellung der Tageseinrichtungen zwischen dem Land Berlin und den der LIGA der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege in Berlin angehörenden Spitzenverbänden und dem Dachverband Berliner Kinder- und Schülerläden e. V. (DaKS) haben sich letztere gegen die separate Ausweisung von Mietkosten bei den Sachkosten im Kostenblatt ausgesprochen. Damit soll verhindert werden, dass Vermieter eine eventuelle Mieterhöhung auf eine Steigerung in dieser (nun nicht vorhandenen) Position abstellen. Die Sachkosten insgesamt sind für die Träger der Kindertagesstätten in dieser Wahlperiode aber auch auf Betreiben der CDU erhöht worden. Wir setzen uns dafür ein, dass das auch in Zukunft geschieht. Trotzdem bleiben finanzierbare Gewerberäume knapp. Denn auch durch den Zuzug von immer mehr Menschen nach Berlin und der Entstehung neuer Wohnungen wächst der Bedarf an sozialer Infrastruktur. Das bedeutet für uns, dass neue Wohnungen auch zu mehr Schulen, Kitas, Bussen und anderer Infrastruktur führen müssen. Dies wollen wir selbstverständlich auch für den innerstädtischen Bereich sicherstellen. In Bezug auf vermehrt benötigte Kitas wollen wir hierzu verstärkt städtebauliche Verträge verwenden lassen, die die Investoren auch zum Bau von Kitas in neuen Wohnanlagen verpflichten.

## 8. und 9. Wahlprüfstein – Quotenregelung für Frauen in Berliner Unternehmen und Zielwert für weibliche Führungskräfte

Wir wollen, dass künftig deutlich mehr Frauen in Führungsverantwortung kommen – in Politik, Verwaltung und Wirtschaft. Dazu gehört, dass sich Karriere und Familie noch besser vereinbaren lassen. Grundsätzlich gilt, dass das in Artikel 33 Abs. 2 Grundgesetz verankerte Leistungsprinzip Vorrang gegenüber jeder Fördermaßnahme und ihrer Zielrichtung hat. Danach ist eine Stelle mit der Person zu besetzen, die durch ihre Eignung, Befähigung und fachliche Leistung gegenüber den Mitbewerbenden positiv herausragt. Bei Vorliegen gleichwertiger Qualifikationen kann das Kriterium Frauen- oder Männerförderung bei der Auswahlentscheidung unterstützend hinzutreten.

## ANTWORTEN VON DIE LINKE



### 1. Wahlprüfstein – Armuts- und Reichtumsbericht

*Es ist eine frauenpolitische Grundforderung der LINKEN, dass Genderaspekte bei allen Entscheidungen, Berichten, Studien, Masterplänen und Konzepten zu berücksichtigen sind und alle Datenerfassungen geschlechtsspezifisch aufschlüsselt werden.*

*DIE LINKE hat sich auf Bundesebene sehr für einen ungeschönten Armuts- und Reichtumsbericht eingesetzt, auf Landesebene hat DIE LINKE. Berlin in der rot-roten Koalition mit dem Sozialstrukturatlas eine detaillierte Untersuchung über die soziale Situation der Berlinerinnen und Berliner favorisiert, die mit konkreten Handlungsempfehlungen versehen war und fortgeschrieben werden sollte. Außerdem gibt es inzwischen von Seiten der Berliner Armutskonferenz den Entwurf für eine integrierte Armuts- und Sozialberichterstattung. Ziel ist die Gesamtbetrachtung der sozialen Lebenslagen und eine ressortübergreifende Sozialplanung. Dieses Anliegen wird von der LINKEN. Berlin unterstützt. Mit dem Genderdatenreport, der ebenfalls von der rot-roten Koalition eingeführt wurde, liegen für die meisten Bereiche bereits geschlechtsspezifische Daten vor. Es kommt darauf an, alle Datenerhebungen zu verknüpfen und konkrete Handlungsempfehlungen und konkrete Maßnahmen für verschiedene Bereiche zu entwickeln, zum Beispiel mit der Fortschreibung des frauenpolitischen Rahmenprogramms, der Integrierten Sozial- und Gesundheitsplanung Leitlinien für Wohnungslose usw. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Schere zwischen Arm und Reich immer größer wird. Woran es den Armen fehlt, fließt den Reichen zu. In einem Kindergedicht von Bertolt Brecht heißt es schlicht:*

*„Armer Mann und reicher Mann / standen da und sah'n sich an. / Und der Arme sagte bleich: / Wär'ich nicht arm, wärst Du nicht reich.“*

*Der Armutskongress vom Juli 2016 hat sich folgerichtig mit dem wachsenden Reichtum in unserer Gesellschaft befasst. Beim Kampf gegen Armut sind deshalb auch Daten zur Verteilung des Reichtums zu erfassen, selbstverständlich geschlechtsspezifisch aufgeschlüsselt, wie es die Berliner GenderMainstreaming-Vorgaben vorschreiben.*

### 2. Wahlprüfstein – Gender-Pay-Gap

*Für die strukturelle Benachteiligung von Frauen gibt es viele Gründe. DIE LINKE macht sich seit Jahren dafür stark, die Ursachen aufzudecken und sichtbar zu machen, wie es beispielsweise mit dem eg-check möglich ist. Frauentypische Berufe und Tätigkeitsfelder werden schlechter bezahlt. Frauen mit Kindern werden in der Regel bei Beförderungen übergangen, von Weiterbildungen sind sie wegen familiärer Verpflichtungen oft von vornherein ausgeschlossen. Häufig kommen sie schon beim Berufseinstieg schlechter weg und selbst in Führungspositionen werden sie schlechter bezahlt als Männer.*

*Wo es auf Landesebene Gestaltungsspielraum gibt, setzt sich DIE LINKE. Berlin für die Schließung der Einkommenslücke zwischen Männern und Frauen ein. Für den öffentlichen Dienst sowie für Unternehmen mit Landesbeteiligung wurden in Verantwortung Frauensenators von der LINKEN das Landesgleichstellungsgesetz so novelliert, dass es mit den Vorgaben zu Quotenregelungen, bei öffentlicher Auftragsvergabe und Leistungsgewährung über den direkten öffentlichen Dienst hinaus Wirkung erzielt.*

*Von besonderer Bedeutung für Frauen ist in diesem Zusammenhang auch der im novellierten Landesgleichstellungsgesetz geregelte Anspruch auf Rückkehr von Teilzeit- in Vollzeitbeschäftigung. DIE Linke tritt für die eigenständige Existenzsicherung von Frauen ein, das Einkommen muss für jede Person existenzsichernd sein. Die Ausweitung von Minijobs und Teilzeit, die nur betrieblichen Interessen geschuldet ist, lehnt DIE LINKE ab.*

Für Frauen, die den Wiedereinstieg in den Beruf wünschen, sollen weiterhin besondere frauenspezifische Angebote finanziert werden. Durch gute, zum Teil auch ergänzende bzw. flexible, Kinderbetreuung wie DIE LINKE sie regelmäßig fordert, lassen sich überdies lange Berufsunterbrechungen leichter vermeiden.

DIE LINKE. Berlin wird sich dafür einsetzen, dass alle in den vergangenen Jahren gemachten Erfahrungen ausgewertet werden und die Palette der Angebote für Familien und insbesondere auch für Alleinerziehende erweitert wird. Auch Frauen, die Angehörige pflegen, müssen berücksichtigt werden, sie brauchen Angebote zu ihrer Entlastung während ihrer Erwerbstätigkeit und zum Wiedereinstieg nach der Berufsunterbrechung. DIE LINKE. Berlin wird darüber hinaus die von ihrer Regierungszeit auf den Weg gebrachte Landesinitiative zur Förderung von Frauen und Männern in der Privatwirtschaft beleben.

Auf Bundesebene setzt sich DIE LINKE für die Abschaffung des Ehegattensplittings ein, fordert auch weiterhin gesetzliche Regelungen zur Gewährleistung von Chancengleichheit von Frauen in der Privatwirtschaft und zur Entgeltgleich, die bisher von der CDU erfolgreich verhindert wurden.

### 3. Wahlprüfstein – Zuwendungsfinanzierte Frauenprojekte

DIE LINKE. Berlin hat in ihrer Regierungszeit zwei Millionen Euro aus dem Arbeitsmarktpolitischen Programm nachhaltig im Frauenetat verankert und dafür ein vierjähriges Förderprogramm zur Verbesserung der frauenpolitischen Infrastruktur mit befristeten Stellen für bestimmte Zielgruppen aufgelegt. Nach Ablauf des Förderungszeitraumes hat sich DIE LINKE. Berlin dafür stark gemacht, dass nicht nachvollziehbare Entscheidungen über die Beendigung von befristeten Stellen rückgängig gemacht werden bzw. Übergangslösungen ermöglicht werden.

Es wurden zudem von der LINKEN in der rot-roten Koalition zweijährige Zuwendungsverträge für mehr Planungssicherheit durchgesetzt und mit Verpflichtungsermächtigungen abgesichert. DIE LINKE musste dann allerdings zur Kenntnis nehmen, dass diese Verfahrensweise unter rot-schwarzer Regierung wieder rückgängig gemacht wurde.

DIE LINKE. Berlin setzt sich dafür ein, dass die Frauenprojekte Zuschusserhöhungen für Tarifanpassungen bekommen und hat dazu regelmäßig zu den Hauhaushaltberatungen entsprechende Erhöhungsanträge gestellt. Im Wahlprogramm heißt es dazu:

„Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, diese Infrastruktur zu stabilisieren, die beschäftigten Frauen tarif- und qualifikationsgerecht zu bezahlen und dem Frauenbeirat als Beratungsgremium mehr Gewicht zuzumessen. Auch das Programm zur Förderung der Frauenpolitischen Infrastruktur hat sich bewährt und muss weiterentwickelt werden.“

Zeitlich befristete Beschäftigungsverhältnisse im Rahmen von Arbeitsmarktförderung und Modellprojekten haben in den vergangenen Jahren vielfach über Notlagen hinweggeholfen. Sie reißen jedoch Lücken auf, wenn sie wegfallen bzw. nicht in die Regelförderung übernommen werden. Aus dem Bevölkerungszuwachs und der sozialen Schieflage ergibt sich jedoch ein dauerhafter Mehrbedarf an frauenspezifischer Beratung und Betreuung und der Ausbau von Angeboten für bestimmte Zielgruppen.

### 4. Wahlprüfstein – Gender Pension Gap

Alle Bestrebungen der LINKEN zur eigenständigen und gleichberechtigten Existenzsicherung von Frauen auf Landes- und auf Bundesebene kommen diesen im Alter bei ihren Rentenansprüchen zugute. Der bestehende Gender Pay Gap führt zwangsläufig zum Gender Pension Gap. Minijobs und erzwungene Teilzeit, das Zuverdienermodell und Ehegattensplitting erweisen sich als strukturelle Barrieren und sind nicht zukunftsfähig in einer Gesellschaft, die die Gleichberechtigung von Frauen und Männern durchsetzen will. Dazu gehört auch, dass die Rahmenbedingungen dafür verbessert werden, dass auch Männer sich zunehmend an der

*Sorge- und Familienarbeit beteiligen. Die LINKE setzt sich auch weiterhin auf Bundesebene für die eigenständige Alterssicherung von Frauen ein und kämpft gegen alle Formen prekärer Beschäftigungsverhältnisse.*

## 5. Wahlprüfstein – beruflicher Wiedereinstieg von Frauen

*Die Anforderungen im Berufsleben verändern sich rasch. Deshalb sind Frauen gut beraten, schon beim Ausstieg aus dem Berufsleben daran zu denken, wie sie sich ihre berufliche Zukunft vorstellen und im wenn möglich auch im Kontakt mit dem Arbeitgeber zu bleiben. Inzwischen dürfte es als erwiesen angesehen werden, dass Kinder keinen Schaden nehmen, wenn es keine 24-Stunden-Rundumbetreuung durch die Mutter gibt. Die Elternzeit für Männer bietet den richtigen Anreiz dafür, dass mehr Männer sich an der Sorgearbeit beteiligen.*

*Aber auch nach einer gewollten längeren Familienpause muss es möglich sein, wieder erwerbstätig zu sein. In Berlin gibt es inzwischen langjährige gute Erfahrungen mit dem Wiedereinstieg von Frauen in die Erwerbsarbeit durch frauenspezifische Beratungs- und Unterstützungsangebote. DIE LINKE. Berlin setzt sich dafür ein, dass sie weiter gefördert und auf die aktuellen Anforderungen im Alltagsleben und auf dem Arbeitsmarkt und ausgerichtet werden. Zielgruppe sind nicht nur Mütter, die wieder berufstätig sein wollen, sondern auch Frauen, die Familienangehörige pflegen.*

*DIE LINKE wird auf, wie an anderer Stelle ausgeführt, nachdrücklich darauf hinwirken, dass Betriebe familienfreundliche Arbeitsbedingungen schaffen und vorbildliche Unternehmen ausgezeichnet werden.*

*Für Alleinerziehende ist besonders wichtig, dass es ergänzende und flexible Kinderbetreuungsangebote gibt, die bezahlbar sind. DIE LINKE. Berlin hatte in ihrer Regierungszeit dafür besondere Projekte im Rahmen des öffentlichen Beschäftigungssektors geschaffen. Alleinerziehende brauchen auch besondere Beratung und Unterstützung in den Jobcentern und Jugendberufsagenturen, auch Teilzeitausbildung und Studium sind geeignet, den Weg ins Berufsleben zu öffnen, damit es gar nicht erst zum Stopp der Ausbildung und dem Rückzug aus dem Berufsleben kommt.*

## 6. Wahlprüfstein – Chancen geflüchteter Frauen auf dem Arbeitsmarkt

*DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass der Zugang für Flüchtlinge insgesamt zum Arbeitsmarkt erleichtert wird und für geflüchtete Frauen besondere frauenspezifische Angebote entwickelt werden. Dabei können die Berliner Erfahrungen in frauenspezifischen Migrantenprojekten zur Aus- und Weiterbildung und zur Existenzgründung sowie mit Integrationslotsen und Stadteilmüttern genutzt werden. Wichtig ist natürlich, dass die verlässliche Kinderbetreuung gewährleistet ist. Damit die Frauen und ihre Familien überhaupt Vertrauen zu den Kindereinrichtungen entwickeln können, sind spezielle Angebote erforderlich, die Mütter in besonderer Weise ansprechen und einbeziehen. DIE LINKE. Berlin setzt sich dafür ein, dass es dafür zusätzliche personelle und finanzielle Mittel gibt.*

## 7. Wahlprüfstein – KITAS in Berlin

*Die wohnortnahe Versorgung mit Kitas und anderen sozialen Einrichtungen, wie beispielsweise Pflegestellen, muss in allen Regionen gewährleistet sein. Leider gibt es zunehmend Beispiele dafür, dass diese wegen erheblicher Mietsteigerungen oder Luxussanierungen verdrängt werden, besonders aus den lukrativen Innenstadtkiezen.*

*Die Erhöhung der Landeszuschüsse, um Mietsteigerungen auszugleichen, halten wir für die falsche Lösung. Öffentliche Mittel sollten nicht den Vermieterinteressen zugutekommen.*

*DIE LINKE. Berlin hat deshalb bereits im März dieses Jahres den Senat aufgefordert, für Einrichtungen der Daseinsfürsorge in gemieteten Räumen, die Einführung von Mietobergrenzen und eines erweiterten Kündigungsschutzes zu prüfen und dafür auch auf Bundesebene initiativ zu werden. Mit den städtischen Wohnungsbaugesellschaften soll der Senat in seiner Funktion als Gesellschafter vereinbaren, dass bei der Vermietung von Gewerberäumen an Angebote von öffentlichem Interesse, die Miethöhen im Rahmen der Kostensätze liegen und ein erweiterter Kündigungsschutz greift. Dies soll ebenfalls mit dem Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V. vereinbart werden.*

*Für die Schaffung der dringend benötigten neuen Kitaplätze, braucht Berlin zudem ein Neubauinvestitionsprogramm.*

## 8. Wahlprüfstein – Quotenregelung für Frauen in Berliner Unternehmen

*DIE LINKE. Berlin setzt sich für verbindliche Quotenregelungen für Führungspositionen ein und hat dazu mit den Änderungen und Ergänzungen zum Landesgleichstellungsgesetz konkrete Vorgaben durchgesetzt. Führungspositionen müssen seit Inkrafttreten der Gesetzesnovelle vom 8. November 2010 grundsätzlich öffentlich ausgeschrieben werden, auch für öffentliche Unternehmen und die Unternehmen mit Mehrheitsbeteiligung. Frauen sind darin gezielt anzusprechen und das Besetzungsverfahren muss transparent und nachvollziehbar sein.*

*Auf Bundesebene streitet DIE LINKE dafür, dass nicht nur die börsenorientierten Unternehmen Frauenquoten in den Aufsichtsgremien zu beachten haben und fordert weiterhin gesetzliche Vorgaben zur Chancengleichheit von Frauen in der Wirtschaft. Es zeigt sich, dass die freiwillige Selbstverpflichtung der Wirtschaft bisher nur unzureichend geeignet ist, die Benachteiligungen von Frauen im Erwerbsleben auszugleichen.*

## 9. Wahlprüfstein – Zielwert für weibliche Führungskräfte

*DIE LINKE. Berlin setzt sich für die Gleichberechtigung und paritätische Mitbestimmung von Frauen in allen Bereichen ein. Die Zielquote heißt also ganz klar mindestens 50 Prozent. Die öffentlichen Betriebe und private Unternehmen mit Landesbeteiligung haben dabei Vorbildfunktion. DIE LINKE. Berlin wird sich außerdem dafür einsetzen, für die private Wirtschaft die unter Rot-Rot begonnene Landesinitiative für Chancengleichheit von Frauen in Männer in der Wirtschaft wiederzubeleben.*



## ANTWORTEN DER FDP



### 1. Wahlprüfstein – Armuts- und Reichtumsbericht

*Die Armuts- und Reichtumsberichte bzw. Sozialberichte des Bundes und der Länder sind die Grundlage und der Gradmesser zur Analyse, Beurteilung und Verbesserung der finanziellen und gesellschaftlichen Situation der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land. Voraussetzung für die zutreffende Beurteilung ist eine breite, differenzierte und verlässliche Datenbasis. Natürlich können nur dann Schlüsse auf die finanzielle Situation von Frauen gezogen werden, wenn hier entsprechende Transparenz geschaffen wird. Es ist deshalb grundsätzlich sinnvoll, solche Berichte auf eine breite Grundlage zu stellen und so auszurichten, dass sie möglichst viele Fragen beantworten können.*

### 2. Wahlprüfstein – Gender-Pay-Gap

*Kernpunkt unserer Politik ist auch bei der Existenzsicherung der liberale Grundsatz der Nicht-Diskriminierung des Individuums aufgrund persönlicher Eigenschaften, wie bspw. dem Geschlecht.*

*Ein eigenes Einkommen aus eigener Arbeit ist für Liberale unverzichtbarer Bestandteil eines Lebens in Würde und Selbstbestimmung. Bezuschussung und Abhängigkeit von staatlichen Leistungen kann und darf nur der Ausnahmefall sein. Liberale Arbeitsmarktpolitik sorgt dafür, dass Menschen auf eigenen Beinen stehen können. Arbeitsmarktpolitische Instrumente müssen Menschen in die Lage versetzen, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen, und dürfen nicht von einer Maßnahme in die nächste führen.*

*Mittelfristig ist der Schlüssel zur Existenzsicherung von Frauen vor allem eine sehr gute Bildung und Ausbildung. Nur so sind sie in der Lage, gute Arbeitsplätze zu besetzen, ihre Existenz zu sichern und einen guten Lebensstandard zu erreichen. Nur so vermeiden sie das Risiko der Altersarmut. Die FDP Berlin setzt sich deshalb dafür ein, dass alle Berlinerinnen und Berliner die Chance auf die beste Bildung und Ausbildung bekommen.*

*Wir brauchen in Berlin insgesamt auch noch mehr qualifizierte Arbeitsplätze. Hierzu muss die Politik bessere Rahmenbedingungen schaffen, Bürokratie abbauen und darf das Engagement von Unternehmerinnen und Unternehmern nicht behindern.*

### 3. Wahlprüfstein – Zuwendungsfinanzierte Frauenprojekte

*Die FDP Berlin hält grundsätzlich qualifizierte (Vollzeit-)Arbeitsplätze statt befristeter Stellen zur Existenzsicherung und für einen guten Lebensstandard von Frauen für erforderlich. Dies gilt auch für Stellen im öffentlichen Dienst.*

*Klar ist für uns auch, dass sinnvolle Maßnahmen vernünftig und langfristig finanziert werden müssen. Bei konkreten Einzelprojekten zu bestimmten Zwecken halten wir aber eine Befristung der Projekte grundsätzlich für sinnvoll und erforderlich, denn alle staatlich finanzierten Projekte müssen aus unserer Sicht regelmäßig überprüft und auf ihre Wirkung evaluiert werden.*

*Wir setzen auch in diesem Bereich nicht hauptsächlich auf staatliche Maßnahmen sondern eher auf eine ganzheitliche Arbeitsmarktpolitik, die allen Menschen unabhängig von Geschlecht ein ausreichendes Einkommen ermöglicht.*

## 4. Wahlprüfstein – Gender Pension Gap

*In der Tat haben deutschlandweit vor allem alleinerziehende Frauen leider immer noch das höchste Armutsrisiko, das sich im Alter fortsetzt. Die Rentenlücke entsteht in vielen Fällen durch fehlende Chancen im Beruf und zu geringe Einkünfte. Auch konzentrieren Frauen sich häufig zu sehr auf bestimmte schlechtbezahlte Berufsfelder mit belastenden und unsicheren Bedingungen. Aus unserer Sicht ist der wesentliche Schlüssel zur Überwindung des Armutsrisikos sowie zur Herstellung der Chancengleichheit und der Teilhabe von Frauen am Berufsleben deshalb Bildung und die richtige Berufswahl. Schon in der Schule müssen deshalb Frauen und Mädchen dazu motiviert werden, eine gute Berufswahl zu treffen. Berufsorientierung und -beratung wollen wir durch ein vermehrtes und früheres Angebot in den Schulen verbessern, um die Vielfalt von über 300 Ausbildungsberufen frühzeitig aufzuzeigen.*

*Der Schlüssel für qualifizierte Arbeitsplätze mit angemessener Bezahlung sind weiterhin eine gute Ausbildung und ein ausreichendes Arbeitsplatzangebot. Nur so können mehr Frauen ein ausreichendes Rentenniveau erreichen. Dafür setzen wir uns ein.*

*Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss verbessert werden, um Lücken in der Erwerbsbiographie gar nicht erst entstehen zu lassen. Damit Frauen ihrem Beruf nachgehen können, brauchen wir in Berlin Kinderbetreuungsplätze, die das ganze Jahr über und ausreichend zur Verfügung stehen. Das Kita-Angebot soll sich zudem am tatsächlichen Bedarf (flexible Öffnungszeiten, 24-Stunden-Kita) orientieren. Wir brauchen flexible Arbeitszeiten für Frauen und Männer auch für Vollzeitstellen und setzen uns dafür ein, dass das Land Berlin im öffentlichen Dienst dabei vorbildhaft vorangeht.*

*Ansätze zu einer besseren Rentenpolitik sind auf Bundesebene zusammen mit den Bundesländern zu entwickeln. Hierzu wollen wir eigene Initiativen des Landes Berlin mit anstoßen. U.a. streben wir dabei an, dass zusätzliche Altersvorsorge bis zu bestimmten Beträgen von der Grundsicherung anrechnungsfrei bleibt, dass der soziale Ausgleich von niedrigen Renten nicht über die gesetzliche Rentenversicherung, sondern aus Steuermitteln finanziert wird, dass der Renteneintritt flexibel wird und dass der Hinzuverdienst zur Rente ohne große Abschläge möglich wird.*

## 5. Wahlprüfstein – beruflicher Wiedereinstieg von Frauen

*Dazu muss vor allem die Vereinbarkeit von Familie und Beruf deutlich verbessert werden. Ausreichende und flexible Kinderbetreuungsangebote sind dabei ein wichtiger Faktor (siehe Frage 4).*

*Zusätzlich setzen wir auf den Abbau bürokratischer Hürden beim Wiedereinstieg in den Beruf.*

*Wie bereits in Frage 4 ausgeführt, ist der Schlüssel für einen qualifizierten Arbeitsplatz und somit auch für den Einstieg und den Wiedereinstieg in den Beruf eine gute Ausbildung und die richtige Berufswahl, die wir gezielt unterstützen wollen.*

## 6. Wahlprüfstein – Chancen geflüchteter Frauen auf dem Arbeitsmarkt

*Berlin braucht ausreichende Plätze zur Kinderbetreuung, damit Frauen, auch geflüchtete Frauen einer angemessenen beruflichen Tätigkeit nachgehen können. Die Kita ist für die Kinder im Übrigen genauso wie die Schule erfahrungsgemäß die beste Grundlage für eine erfolgreiche Integration, sodass die Bereitstellung von zusätzlichen Kita-Plätzen auch eine wichtige Integrationsmaßnahme darstellt. Geflüchtete Kinder sollen schnellstmöglich in das Bildungssystem integriert werden. Es gilt deshalb zu überprüfen, ob und wie möglichst unbürokratisch der Zugang zu einer Kinderbetreuung ermöglicht werden kann.*

## 7. Wahlprüfstein – KITAS in Berlin

*Die steigenden Mieten sind in erster Linie Ergebnis des sich verstärkenden Wohnraummangels in Berlin. Diesen wollen wir u.a. durch Abbau von Regulierungen und schnellere Genehmigungsverfahren beheben, um Neubau und Ausbau zu erleichtern. Wir wollen bei der Stadtentwicklung Berlins, die sich auf weiteres starkes Wachstum ausrichten muss, dafür sorgen, dass konkrete integrierte Planungen für die Bereitstellung von Wohnraum, Versorgungsinfrastruktur, Erholung und Bildungseinrichtungen wie z.B. Kitas entwickelt werden und damit der nötige örtliche Bestand an Kita-Plätzen gesichert wird. Nicht zuletzt muss auch die öffentliche Kita-Finanzierung sich an den realen Kosten ausrichten und an steigende Kosten angepasst werden.*

## 8. Wahlprüfstein – Quotenregelung für Frauen in Berliner Unternehmen

*Wir Liberale kämpfen für Chancengleichheit in allen Bereichen. Wir setzen dabei grundsätzlich auf die Eigenverantwortung und Selbstverpflichtung der Unternehmen. Eine Quotenregelung lehnen wir ab. Wir setzen uns für Mentorenprogramme in den Unternehmen ein und wollen Arbeitgebern durch freiwillige Kampagnen den Wert einer vielfältig zusammengesetzten Belegschaft vermitteln. Wir wollen, dass Berlin für gut qualifizierte Frauen attraktiv wird und mehr von ihnen nach Berlin kommen. Wir brauchen dafür in Berlin vor allem ein besseres Angebot hoch qualifizierter Arbeitsplätze durch bessere Rahmenbedingungen für die Unternehmen, wir brauchen eine gute Bildung und Ausbildung, genügend Kinderbetreuungsplätze und gute Schulen.*

## 9. Wahlprüfstein – Zielwert für weibliche Führungskräfte

*Selbstverständlich würden wir einen höheren Anteil von weiblichen Führungskräften in Berliner Unternehmen begrüßen. Wie wollen im Dialog mit den Unternehmen Zielwerte für eine frei-willige Selbstverpflichtung entwickeln und diese mit den in Frage 8) genannten Ansätzen unterlegen.*

## ANTWORTEN DER PIRATEN



### 1. Wahlprüfstein – Armuts- und Reichtumsbericht

*Wir sehen das Gender Budgeting als geeignetes Instrument, um Geschlechterungerechtigkeit zu identifizieren, und wollen das Prinzip auf alle Untersuchungen, also auch den Armutsbericht, ausweiten.*

### 2. Wahlprüfstein – Gender-Pay-Gap

*Wir wollen mit dem existenzsichernden bedingungslosen Grundeinkommen die Verhandlungsposition aller Arbeitnehmer\_innen gegenüber den Arbeitgeber\_innen stärken.*

### 3. Wahlprüfstein – Zuwendungsfinanzierte Frauenprojekte

*Wir haben uns in der vergangenen Legislaturperiode für die Stärkung der Frauenprojekte und die Aufstockung auf ein Niveau, das eine Bezahlung der Mitarbeiter\_innen nach TVL ermöglicht, eingesetzt. Die Forderung der Berliner Frauenprojekte, 5% des Landeshaushaltes für den Bereich Fraueninfrastruktur einzusetzen, unterstützen wir.*

### 4. Wahlprüfstein – Gender Pension Gap

*Auch hier wollen wir durch das existenzsichernde BGE (siehe Frage 2) den Unterschied zwischen den Renten verringern.*

### 5. Wahlprüfstein – beruflicher Wiedereinstieg von Frauen

*Grundsätzlich wollen wir, dass beitragsfreie Krippen- und Kitaplätze wohnortnah für alle Berliner Eltern, die diese Angebote nutzen wollen, in ausreichender Anzahl bereitgestellt werden. Die Angebote müssen sich auch den Arbeitszeiten der Eltern anpassen.*

### 6. Wahlprüfstein – Chancen geflüchteter Frauen auf dem Arbeitsmarkt

*Wir wollen den Zugang zu Kinderbetreuung auch Geflüchteten ohne bürokratische Hindernisse eröffnen. Außerdem wollen wir durch eine erleichterte Anerkennung ausländischer Berufs- und Hochschulabschlüsse und eine bessere Beratung Geflüchteter durch die Jobcenter den (Wieder-)Einstieg in das Berufsleben erleichtern.*

### 7. Wahlprüfstein – KITAS in Berlin

*Da das Kitaangebot in weiten Teilen der Stadt noch nicht dem Bedarf entspricht, wollen wir alle möglichen Instrumente nutzen, um die Verdrängung von Kitas zu verhindern. Berlin muss selbst oder durch städtische Wohnbaugesellschaften genug kitageeignete Flächen vorhalten, um notfalls Kitas, die ihre Räumlichkeiten verlassen müssen, in der Nähe geeignete Ersatzräumlichkeiten zur Verfügung stellen zu können.*

## 8. Wahlprüfstein – Quotenregelung für Frauen in Berliner Unternehmen

*Da Selbstverpflichtungen und Flexiquoten sich als untaugliche Instrumente für mehr Frauen in Führungspositionen erwiesen haben, wollen wir die Frauenbeauftragten dabei unterstützen, die Einstellung oder Beförderung von männlichen Bewerbern zu blockieren, bis die Geschlechtergerechtigkeit hergestellt ist. Außerdem ist zu evaluieren, ob Sonderabgaben für männlich dominierte Unternehmen durchsetzbar sind.*

## 9. Wahlprüfstein – Zielwert für weibliche Führungskräfte

*Unser Ziel wäre eine repräsentative Beteiligung von Frauen in den Führungsebenen der Berliner Unternehmen, aktuell also 51%.*

## ANTWORTEN DER SPD



### 1. und 2. Wahlprüfstein – Armuts- und Reichtumsbericht und Gender-Pay-Gap

*Mehrere Untersuchungen zur Wirkung von Familienleistungen haben gezeigt, dass die öffentlich geförderte Kinderbetreuung das Armutsrisiko von Familien mit Kindern spürbar senkt. Das gilt im besonderen Maße für Alleinerziehende.*

*Wir setzen uns daher dafür ein, die Vereinbarkeit von Familie, Job, Haushalt und Freizeit zu verbessern und fordern eine Anpassung der Betreuungsinfrastruktur an die veränderten Anforderungen der modernen Arbeits- und Lebenswelt sowie die Stärkung der Erwerbsfähigkeit von Eltern.*

*Berlinweit gibt es unterschiedliche Bedarfe für Kinderbetreuung außerhalb der üblichen Kita-Zeiten. Deshalb muss ein Betreuungssystem so flexibel wie möglich für die Spätabendstunden und der Nacht zur Verfügung gestellt werden. Dazu werden wir das Modell einer mobilen Betreuung von Kindern im Haushalt der Eltern – in Vernetzung mit Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflegestellen – einführen.*

*Zudem hat die SPD auf Bundesebene mit ihrem Leit Antrag zu einer modernen Familienpolitik beschlossen, Geringverdienerfamilien mit einem gestaffelten Kindergeld, das gerechter ausgestaltet ist, spürbarer und zielgenauer zu unterstützen.*

### 3. Wahlprüfstein – Zuwendungsfinanzierte Frauenprojekte

*Dieses Problem lässt sich immer nur im Rahmen aktueller Haushaltsberatungen angehen. Für den letzten Doppelhaushalt hat die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus in vielen Bereichen erfolgreich eine bessere Finanzierung zuwendungsfinanzierter Projekte im Bereich Frauen und Gleichstellung durchgesetzt.*

### 4. Wahlprüfstein – Gender Pension Gap

*Speziell für lebens- und berufserfahrene Frauen ab 45 Jahren wollen wir ein Programm ins Leben rufen, welches ihnen den Quereinstieg in den Öffentlichen Dienst erleichtert. Die öffentliche Verwaltung steht in den kommenden Jahren durch das altersbedingte Ausscheiden einer großen Anzahl von Beschäftigten vor einem Fachkräftemangel, den gerade ältere Frauen durch ihre Kompetenzen und Erfahrungen verringern können.*

*Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit muss in der Berliner Verwaltung und bei landeseigenen Unternehmen selbstverständlich sein. Wir werden uns dafür einsetzen, dass der Entgeltgleichheits-Check in den Verwaltungen, landeseigenen Betrieben aber auch der Privatwirtschaft angewandt wird. Liegt eine Lohndiskriminierung vor, müssen Tarife und Stellenbewertungen angepasst werden.*

*Entgeltgleichheit zwischen Männern und Frauen bezieht sich auch auf die Privatwirtschaft. In vielen Bereichen des Dienstleistungsgewerbes sind überwiegend Frauen in Teilzeit, mit Minijobs oder zu sehr niedrigen Löhnen beschäftigt.*

*Dies führt nicht nur zur Armut während der Erwerbsphase, sondern hat auch eine flächendeckende Altersarmut von Frauen zur Folge. Leidtragende sind oft auch die bei Ihnen lebenden Kinder. Wir wollen Maßnahmen entwickeln, um hier zu Verbesserungen zu kommen.*

*Unter anderem bietet das bislang wenig genutzte Modell des Jobsharings viele Vorteile. Bei diesem Modell wird eine Position mit zwei Personen besetzt, die beide in Teilzeit arbeiten, die Stelle jedoch gemeinsam verantworten.*

## 5. Wahlprüfstein – beruflicher Wiedereinstieg von Frauen

siehe auch Antwort auf die Fragen 1 und 2

*Wir haben die Anzahl der Kita-Plätze in Berlin deutlich ausgebaut. Zwischen 2006 und 2014 ist die Zahl der Plätze um 40 Prozent gestiegen, allein seit 2011 sind schon mehr als 20.000 neue Plätze eingerichtet worden. 70 Prozent der Kinder von einem bis drei Jahren sowie 93 Prozent der Kinder von drei bis sechs Jahren werden in den Berliner Kindertagesstätten betreut, die für uns eben nicht allein Betreuung, sondern Teil des Bildungssystems sind.*

*Gleichzeitig sagen wir aber auch: Die Arbeitswelt muss familienfreundlicher werden. Überstunden beeinträchtigen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Sie prägen die „Omnipräsenz- Kultur“ in Betrieben und stehen fortschrittlichen Arbeitszeitmodellen im Wege. Wir wollen Menschen mit familiären Aufgaben mehr Zeit geben und setzen uns deshalb auf Bundesebene für das Modell der „Familienarbeitszeit“ ein. Dadurch erhalten Paare eine gestufte Lohnersatzleistung (je niedriger das Einkommen desto höher der Zuschuss), wenn beide Partner ihre Arbeitszeit reduzieren.*

*In Berlin leben immer mehr alleinerziehende Mütter. Wir wollen deshalb den Aufbau von regionalen Netzwerken für Alleinerziehende und den Ausbau von flexibler Kinderbetreuung weiter vorantreiben. Das Land Berlin hat vor kurzem ein Gesamtkonzept zur Unterstützung von Alleinerziehenden beschlossen und zahlreiche Maßnahmen auf den Weg gebracht wie flexible Kinderbetreuung und individuelles Coaching. Zudem hat das Land Berlin im Juni im Bundesrat eine Initiative zur besseren Unterstützung von Alleinerziehenden eingebracht. Eine der Berliner Forderungen ist eine direkte Zahlung von 50 Euro pro Monat, mit Zuschlägen für jedes weitere Kind.*

## 6. Wahlprüfstein – Chancen geflüchteter Frauen auf dem Arbeitsmarkt

*Unsere Arbeitsmarktpolitik richtet sich auch an geflüchtete Frauen. Wir werden die bereits entwickelten speziellen Programme der Berufsorientierung weiter ausbauen.*

*Der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab dem ersten Lebensjahr gilt für jedes Kind, egal ob es geflüchtet ist oder nicht. In diesem Umfang werden auch die Bildungschancen aller Kinder gefördert. Eine Betreuung von Anfang an ist das Ziel sozialdemokratischer Bildungspolitik.*

## 7. Wahlprüfstein – KITAS in Berlin

*Durch zahlreiche Auflagen in neuen Bebauungsplänen und bei den Anforderungen für Neubauprojekte wird dafür gesorgt, dass Fragen der sozialen Infrastruktur, zu der die Kitas gehören, hinreichend berücksichtigt werden.*

## 8. und 9. Wahlprüfstein – Quotenregelung für Frauen in Berliner Unternehmen und Zielwert für weibliche Führungskräfte

*Wir haben ein Recht auf Gleichstellung zwischen Männern und Frauen. In diesem Bereich gibt es im Alltag Ungerechtigkeiten zwischen den Geschlechtern, die wir abbauen wollen. Als Berliner SPD sind wir davon überzeugt: Die Gleichstellung von Männern und Frauen ist entscheidend für den sozialen Zusammenhalt und die Zukunft Berlins. Dank der SPD gilt auf Bundesebene bereits für Aufsichtsräte von Unternehmen, die börsennotiert sind und der paritätischen Mitbestimmung unterliegen, eine Geschlechterquote von 30 Prozent.*

*Wir wollen in Berlin die Vorstände und Aufsichtsräte der landeseigenen Betriebe zu gleichen Teilen von Männern und Frauen besetzen. Diese Forderung aus dem Landesgleichstellungsgesetz wollen wir in der*

nächsten Legislaturperiode weiter konsequent umsetzen. Das Land Berlin muss hier als gutes Vorbild vorangehen und die Parität vorleben, insbesondere durch die verstärkte Einstellung von Frauen in Führungspositionen.

Dank der SPD gilt auf Bundesebene bereits für Aufsichtsräte von Unternehmen, die börsennotiert sind und der paritätischen Mitbestimmung unterliegen, eine Geschlechterquote von 30 Prozent.

Wir wollen in Berlin die Vorstände und Aufsichtsräte der landeseigenen Betriebe zu gleichen Teilen von Männern und Frauen besetzen. Diese Forderung aus dem Landesgleichstellungsgesetz wollen wir in der nächsten Legislaturperiode weiter konsequent umsetzen. Das Land Berlin muss hier als gutes Vorbild vorangehen und die Parität vorleben, insbesondere durch die verstärkte Einstellung von Frauen in Führungspositionen.

Berlin hat bundesweit den höchsten Anteil von Professorinnen. Das ist ein Erfolg sozialdemokratischer Wissenschaftspolitik. Der weitere Ausbau dieser Chancengleichheit ist eine wesentliche Voraussetzung für die Verbesserung des gesamten Wissenschaftsbereiches. Die Hälfte der Berufungen und Leitungsfunktionen werden wir mit Frauen besetzen.

Die gleiche Repräsentanz der Geschlechter auf allen Ebenen der Hochschulen soll dementsprechend weiter ausgebaut werden. Frauen sind in vielen Wissenschaftsbereichen nach wie vor deutlich unterrepräsentiert. Wir richten künftig unsere Nachwuchsförderung nach Gleichstellungsaspekten aus.